

Osnabrücker Stadtrat pocht auf Erdkabel

Von [Wilfried Hinrichs](#)



Foto: Halbrügge

Osnabrück. Osnabrück will keine neuen Hochspannungsfreileitungen und stärkt den Bürgerinitiativen den Rücken. Beim Ausbau der Stromleitungen soll nach dem Willen des Stadtrates das Kabel in die Erde verlegt werden.

Einstimmig und ohne Aussprache verabschiedete der Stadtrat eine Stellungnahme zum geplanten Ausbau der Stromleitung Wehrendorf - Lüstringen (Projekt 16 im Energieausbauleitungsgesetz, EnLAG). Der Rat bekräftigt seine Forderung nach einer Erdverkabelung im Stadtgebiet. Die Abgeordneten in Land und Bund werden aufgefordert, sich in ihren Gremien für Erdkabel einzusetzen. Der Netzbetreiber Amprion wird aufgefordert, "für maximale Transparenz bei den geplanten Vorhaben zu sorgen und die Forderung nach Erdverkabelung zu übernehmen". Der Rat unterstützt die Bürgerinitiativen "in weiteren Aktivitäten für eine Erdverkabelung".

[\(Hier geht's zu den Ratsunterlagen\)](#)

Im Raumordnungsverfahren für die 380-kV-Leitung von Bad Essen-Wehrendorf nach Lüstringen hat Amprion drei Trassenvarianten vorgelegt. Die von Amprion bevorzugte Freileitungstrasse A, die nördlich über den Lechtenbrink durch Lüstringen führt, lehnt der

Stadtrat kategorisch ab. Der Rat favorisiert die südlichen Korridore, die die Osnabrücker Wohngebiete umgehen. Allerdings sollen auch dort ausschließlich Erdkabel zum Einsatz kommen. Den Bau von Kabelübergabestationen lehnt die Stadt ebenfalls ab. Die Leitungen sollen "ohne zusätzliche Eingriffe in das Landschaftsbild" gebaut werden.

Dämpfer vom Minister

Die Stadtrat hatte schon im [September 2013 eine entsprechende Stellungnahme](#) abgegeben. Das Projekt 16 (Wehrendorf-Gütersloh) ist nachträglich vom Bundesgesetzgeber zur Pilotstrecke erklärt worden, wo abschnittsweise Erdkabel möglich sind. Bürgerinitiativen in den Orten entlang der Trasse kämpfen seit Jahren für Erdkabel auf der ganzen Strecke.

Einen Dämpfer erhielten die Bemühungen jetzt durch Äußerungen von Umweltminister Olaf Lies (SPD) [während einer Veranstaltung in Bissendorf](#). Die Freileitung bleibe der Regelfall, so Lies. Eine Vollverkabelung sehe das Ausbaugesetz nicht vor. Allerdings sei an kritischen Stellen, wo die Abstandsregeln nicht eingehalten werden können, Erdkabel möglich.

Der Osnabrücker Stadtrat fordert die Landesregierung auf, das Raumordnungsverfahren zügig abzuschließen, damit die betroffenen Bürger möglichst bald Klarheit haben, wie es weitergeht.

So läuft das Planungsverfahren

Im Raumordnungsverfahren (ROV) werden die Grundzüge einer überörtlich relevanten Planung zusammengefasst und die Wirkungen auf Menschen und Umwelt ermittelt. Zuständig ist das Landwirtschaftsministerium. Im Gebiet des früheren Regierungsbezirkes Weser-Ems liegt die Federführung bei Raumordnungsverfahren beim Landesamt für regionale Entwicklung in Oldenburg.

Das ROV hat keinen bindenden Charakter. Konkret und rechtsverbindlich ist der zweite Schritt: das Planfeststellungsverfahren. Das Landesamt und der Netzbetreiber wollen das Raumordnungsprogramm bis Ende des Jahres abschließen und dann das Planfeststellungsverfahren in Gang setzen.